

### Präsident Dr. Paul über die Zuschübe aus der Ukraine.

Keine Sicherheit des Eintreffens in den nächsten Wochen.

In der heutigen Sitzung des Ernährungsrates wurde die Frage der Getreidezuführung erörtert und die Mehrheit sprach sich nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Andrašek für die Beibehaltung des bisherigen Systems aus.

Präsident Dr. Paul gab eine ausführliche Darstellung des gegenwärtigen Standes unserer Ernährungsfragen. Der Präsident teilte mit, daß die Zuckerbewirtschaftung vollständig sichergestellt sei und daß  $4\frac{1}{2}$  Millionen Kilogramm Vörrgemüse in der allernächsten Zeit zur Ausgabe gelangen sollen. Was die Versorgung mit Fleisch und Mehl betrifft, so kann mit den Zuschüben aus der Ukraine in den nächsten Wochen noch nicht mit Sicherheit gerechnet werden, und es sei die Anspannung aller Kräfte notwendig, um bis zu dem Zeitpunkte der Entspannung durchzuhalten. Er richtete an die anwesenden Vertreter der Bevölkerungskreise die Bitte, dahinzuwirken, daß die allgemeine Pflicht darin erkannt werde, daß der Krieg jedem große Opfer auferlege, die im Interesse der Sache ertragen werden müssen.

Landtagsabgeordneter Dr. v. Seidel erklärte, die Landwirte werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um der städtischen Bevölkerung in diesen Wochen auszuweichen. Er wendete sich dagegen, daß man jetzt gewissermaßen als Prämie für das Zurückhalten von Getreide, bezüglich dessen die Ablieferungspflicht bestand, bei den Requirierungen höhere Preise an die Landwirte bezahle.

Bürgermeister Redlich (Göding) verlangte ein energisches Auftreten gegen Ungarn, da dieses nicht nach der ihm gegebenen Möglichkeit seinen Verpflichtungen gegen Österreich nachgekommen sei. Er schilderte die Unterschiede in der Verpflegung an der Grenze zwischen Mähren und Ungarn und verlangte sofortige Intervention aller maßgebenden Stellen, um die ungarischen Agrarier zu einem Entgegenkommen zu bringen.

Präsidentin Frau Helene Granitsch (Koho) verlangte weitestgehende Unterstützung für die bürgerlichen Gemeinshaftskassen, da diese Art der Verpflegung das letzte Mittel für jene Kreise sei, die infolge der knappen Vermögensverhältnisse nicht imstande sind, die Preise des Schleichhandels zu bezahlen. Der Mittelstand habe auch nicht die Waffe der Streikandrohung, durch die der Arbeiterstand seine Lebensmöglichkeiten zu erkämpfen weiß.

Nebbürgermeister Gargitter (Graz) wies darauf hin, daß es unverantwortlich gewesen sei, angesichts der bekannten Not an Getreide den Brauereien tausend Waggons Gerste für die Bierbereitung zu überlassen. Diese Gerste wäre jetzt zur Brotbereitung dringend notwendig.

Die Debatte wurde hierauf abgebrochen, da Präsident Dr. Paul zu einer dringenden Sitzung abberufen wurde.